

»Der Haß auf dem Balkan wurde von außen gesät«

Gespräch mit Diana Johnstone. Über antiserbische Propaganda und die Zersplitterung Jugoslawiens, den völkerrechtswidrigen Krieg der NATO und ihr Rechtfertigungstribunal in Den Haag

Interview: Cathrin Schütz



Vorbereitung auf den
Kriegseinsatz – ein deutscher
Soldat überprüft die Bewaffnung
eines »Tornado«-Kampfjets auf
dem NATO-Stützpunkt San
Damiano in Norditalien
Foto: AP

Die Publizistin Diana Johnstone gilt als eine der führenden kritischen Balkanexpertinnen. Sie veröffentlicht regelmäßig im US-Politmagazin Counterpunch. Zu ihren Büchern zählt »Fools' Crusade: Yugoslavia, NATO and Western Delusions« (Pluto, 2002). Von 1979 bis 1990 war Diana Johnstone Europa-Redakteurin der US-Zeitung In These Times. Von 1990 bis 1996 leitete sie die Presseabteilung der Grünen im Europaparlament. Heute lebt die gebürtige US-Amerikanerin in Paris.

Am 24. März 1999, vor zehn Jahren also, begann die NATO ihren Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Während sich viele erst im Zuge dieser Aggression der Problematik annahmen, sorgten Sie schon zu Beginn der Jugoslawien-Krise Anfang der 1990er Jahre mit kritischen Berichten für Aufsehen. Wie hat alles angefangen?

Während meines Slawistik-Studiums vor 40 Jahren verbrachte ich mehrere Monate in Jugoslawien. Als sich viele Jahre später die Krise abzuzeichnen begann, holte ich mir meine Informationen nicht aus den Medien oder offiziellen Nachrichten, sondern von den alten Freunden aus Jugoslawien. Mich interessierte, wie sie die Entwicklung einschätzten und die Lage beschrieben. Dabei begegneten mir viele verschiedene Ansichten, und ich versuchte, mir daraus mein eigenes Urteil zu bilden. Als Europa-Redakteurin der US-amerikanischen sozialdemokratischen Wochenzeitung In These Times hatte ich schon 1984 über die Gefahr einer Zersplitterung Jugoslawiens geschrieben. Der wiedererstarkende kroatische Nationalismus war mir dabei ebenso eine Warnung wie vor allem der Druck des albanischen Separatismus in der serbischen Provinz Kosovo, die ich schon als Studentin besucht hatte. All das war lange bevor Slobodan Milosevic in Serbien 1987 an die Macht kam – was übrigens nicht die Ursache, sondern eine Reaktion auf eben diese bestehenden Probleme war.

Sie haben einmal geschrieben, das ganze Bild über den Balkan-Konflikt stehe auf dem Kopf ...

Die vorherrschende Version, die sich über den Zusammenbruch Jugoslawiens durchsetzte, hat ihren Ursprung in den deutschen Medien. Nach und nach wurde sie von allen westlichen Medien und Politikern übernommen.

Dabei hat die Meinungsmache der in Washington ansässigen Werbefirma »Ruder Finn« eine zentrale Rolle gespielt. Ihre Auftraggeber waren kroatische Nationalisten und die führende muslimische Partei in Bosnien. Die einfache und erfolgreiche Methode ihrer Propagandakampagne war es, etwas Kompliziertes, worüber die Öffentlichkeit nicht viel wußte, nämlich Jugoslawien, mit etwas zu vergleichen, was jeder kennt: Hitler und die Nazis. Die Serben wurden als »neue Nazis« bezeichnet, die vom »neuen Hitler«, Slobodan Milosevic, angeführt werden. Ein komplexer Bürgerkrieg in einem zerfallenden Staat wurde als eine Art »krimineller Anschlag« des »neuen Hitler« dargestellt, der einen Eroberungskrieg vom Zaun brach – in seinem eigenen Land. Dabei hat er Verbrechen begangen, die denen der Nazi glichen und schließlich zum »Völkermord« führten. Dieser groteske Vergleich hatte Erfolg und führte dazu, daß eine große Zahl naiver Journalisten, Kommentatoren, Politiker und »Menschenrechtsaktivisten« das Gefühl hatte, die Heldenkämpfe des Spanischen Bürgerkriegs oder der Widerstandsbewegungen der frühen vierziger Jahre erneut zu durchleben.

Und wie würden Sie gleichermaßen verkürzt dieses Bild korrigieren?

Diese Darstellung steht auf groteske Weise im Gegensatz zu der realen Situation in Jugoslawien. Milosevic war zu keiner Zeit ein »Diktator«. Serbien spielte nicht die Rolle des »Eroberers«, sondern es war der historische Mittelpunkt Jugoslawiens. Die Führer Sloweniens und Kroatiens, der reichsten, nördlichen Republiken, strebten nach Abspaltung von den ärmeren Landesteilen, weil sie sich von der Perspektive der Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft angetrieben fühlten. Die Serben waren in der Defensive. Administrative Grenzen aus der Tito-Zeit teilten Jugoslawien und teilten das serbische Volk in jene, die im Mutterland lebten, und die große Zahl derer, die in Kroatien und Bosnien lebten. Die Behauptung, Milosevic wollte ein »Groß-Serbien« errichten, wurde während des Prozesses gegen ihn vor dem Jugoslawien-Tribunal in Den Haag gänzlich widerlegt. Jugoslawien war bereits ein »Groß-Serbien«, nämlich in dem Sinne, als daß alle Serben Bürger des gleichen Landes waren. Tatsache ist, daß die meisten in Kroatien und Bosnien lebenden Serben die Abspaltung von Jugoslawien schlichtweg nicht wollten. Es ist ironisch, daß gerade das eben wiedervereinigte Deutschland loszog, die Serben auseinanderzureißen, indem es ihr Land zerteilte.

Sie spielen darauf an, daß die deutsche Regierung unter Helmut Kohl (CDU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) eine Vorreiterrolle bei der Anerkennung Kroatiens einnahm. Viele behaupten, dieser Schritt hätte eine friedliche Lösung vereitelt und zum Krieg geführt.

Im September 1991 sagte der damalige deutsche Verteidigungsminister Rupert Scholz mit deutlichen Worten, daß die Anerkennung eines unabhängigen Sloweniens und Kroatiens den Jugoslawien-Konflikt so verändern könnte, daß eine »internationale Sicherheitsverantwortung« entstünde, kurz: daß ausländische Kräfte, genauer die NATO, intervenieren könnten. Und tatsächlich zielte die Anerkennung darauf, den Konflikt zu internationalisieren, und nicht etwa darauf, ihn zu befrieden. Das erlaubte Deutschland, das Ziel zu erreichen, von dem Scholz offen sprach: die Folgen des Ersten Weltkriegs zu überwinden. Man rächte sich an Serbien für das, was 1914 bis 1918 geschah, und unterwarf Slowenien und vor allem Kroatien mit seinem wertvollen Zugang zum Mittelmeer deutschem Einfluß. Zuerst wollte kein anderes Land der Europäischen Gemeinschaft diese nicht ausgehandelte Anerkennung der Abspaltung unterstützen, doch Deutschland machte die Umsetzung des Maastricht-Vertrages von der Kooperation der anderen Staaten in Sachen Jugoslawien abhängig.

Indem Politik und Medien hierzulande also zum dritten Mal im 20. Jahrhundert den »serbischen Feind« beschworen, wurde handfeste Interessenpolitik verfolgt?

Klar ist, daß die Realität sehr viel komplexer war als die von den Medien und der Politik kolportierte einseitige Sichtweise. Ich habe seit 1990 im Europaparlament gearbeitet, wo der Einfluß Otto von Habsburgs enorm war. Als Erbe des Throns des Österreichisch-Ungarischen Reichs, das Slowenien und Kroatien nach dem Angriff auf Serbien und dem Beginn des Ersten Weltkriegs verlor, hatte Habsburg seine ganz persönlichen Motive für eine Dämonisierung der Serben und die Förderung der Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens. Was mich vielmehr überraschte, war die Art, wie andere Mitglieder des Parlaments ihm ohne Zögern folgten. Die meisten Politiker wissen nicht viel über Geschichte und sind von einem wie Habsburg, der viele Sprachen beherrscht und gebildet ist, leicht zu beeindrucken. Am meisten überraschten mich, wie deutsche Journalisten das antiserbische Feindbild der beiden Weltkriege wieder aufleben ließen. Ich selbst wußte zuerst nicht, was ich denken sollte, doch eines war klar: Die Situation war nicht so einfach, wie sie

dargestellt wurde, wenn es hieß, die Serben seien die bösen und alle anderen seien unschuldig.

Hat nicht auch Daniel Cohn-Bendit eine maßgebliche Rolle gespielt, als er 1994 ins Europäische Parlament einzog, kurz nachdem er sich für eine militärische Intervention zugunsten der bosnischen Muslime eingesetzt hatte?

Auf jeden Fall! Cohn-Bendit war der erste prominente Grüne, der nach einer Militärintervention gerufen hat. Joschka Fischer sagte später, es sei Dany gewesen, der ihn in dieser Frage maßgeblich beeinflusst habe. Aber natürlich paßte Fischer seine Haltung auch seinen Ambitionen an, Außenminister eines NATO-Staates zu werden. Cohn-Bendit jedenfalls gelang es, die Grünen auf Kriegskurs zu bringen. Und die Medien haben ihn dabei tatkräftig unterstützt. Cohn-Bendits Haltung wurde immer hofiert, während andere Positionen ignoriert wurden.

Von Beginn der jugoslawischen Bürgerkriege 1991 an gab es eine konzertierte Falschdarstellung von Medien und Politik. Welche Rolle spielten Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die in der breiten Öffentlichkeit ja ein hohes Ansehen genießen. Inwiefern wirkten sie dabei mit, die Bevölkerungen im Westen im Falle Bosniens und Kosovos auf NATO-Kriegskurs zu bringen?

Heute sieht man klarer als damals, daß es den »humanitären Interventionisten« um eine Rettung und letztlich auch Stärkung der NATO ging, die man nach dem Kalten Krieg mit einer neuen Rolle ausstatten wollte. Jeden Tag werden in hochentwickelten Gesellschaften wie den USA und Deutschland Frauen mißbraucht und vergewaltigt. Während eines Bürgerkriegs kommt es immer vermehrt zu dem, was ich als »opportunistische Straftaten« bezeichnen würde, etwa Plünderungen, Vergewaltigungen, persönliche Racheakte. Im Falle des Krieges in Bosnien haben Menschenrechtsorganisationen und von der muslimischen Kriegspartei beauftragte Werbefirmen nur von serbischen Vergewaltigern gesprochen. Reporter haben diese Geschichten übernommen und konsequent alle Fälle ignoriert, in denen serbische Frauen Opfer von Vergewaltigung durch Kroaten oder Muslime wurden.

Organisationen wie Human Rights Watch und jene unter George Soros' Führung haben bei der Zerschlagung Jugoslawiens eine weithin unterschätzte Rolle gespielt. Nur wenigen ist bekannt, daß in den Führungsetagen dieser sogenannten Nichtregierungsorganisationen frühere Spitzenpolitiker der NATO-Staaten sitzen. Und bis heute sind diese NGOs in die westliche Balkanpolitik involviert.

Die Rolle der NGOs steht mit der in den letzten Jahrzehnten vorherrschend gewordenen Ideologie der extremen Marktfreiheit in Verbindung. Nach dieser Ideologie ist es respektabler, »regierungsunabhängig« zu sein, als mit der Regierung in Verbindung zu stehen. Der Witz ist, daß so, wie Regierungen den Kapitalismus auf verschiedene Weise stützen, die »Nichtregierungsorganisationen« tatsächlich von Regierungen finanziert werden und eine ihnen genehme Politik betreiben. Tatsächlich sind diese »Nichtregierungsorganisationen« so undemokratisch wie private Unternehmen. Die Bevölkerung hat über sie keinerlei Kontrolle. Sie porträtieren sich als Experten moralischer Werte wie »Menschenrechte«. So können sie noble Werte für ihre Machtpolitik ausbeuten. In Frankreich hat die von Bernard Kouchner gegründete Organisation »Médecins du Monde«, die Medizin an Arme verteilen soll, Millionen für eine Plakatkampagne ausgegeben, in der die Serben als Nazis gebrandmarkt wurden – um nur ein Beispiel der endlosen Liste zu nennen, wo NGOs politische Propaganda machten.

Warum hat die westliche Linke beim Thema Jugoslawien weitgehend versagt?

Die Haltung der Linken war eine Schande. Den Ursprung des Problems sehe ich darin, daß sich eine Ideologie durchgesetzt hat, die 1968 ihren Ursprung hatte, wonach die individuelle Selbstverwirklichung über die soziale Gerechtigkeit gestellt wird. Dieser Wandel hat einen neuen moralischen Rahmen gesetzt, in dem Opfer ökonomischer Ausbeutung nicht mehr interessierten und man die Sympathie statt dessen auf »Opfer von Menschenrechtsverletzungen« in anderen Ländern richtete, vor allem aus jenen Ländern, die einige Reste des real existierenden Sozialismus bewahrten. Die Linke hörte auf zu denken und begann zu fühlen – Empörung zu fühlen in einem dualistischen Rahmen von Gut und Böse. Die zentralen ökonomischen Ursachen der jugoslawischen Krise wurden völlig ausgeblendet. Statt die Problematik zu sehen, daß die reichen Republiken Slowenien und Kroatien der IWF-initiierten Schuldenfalle entkommen wollten, malte man ein Bild vom bösen Serben, der für alles verantwortlich zu sein hat. Dieser Infantilismus hat die Linke infiziert.

Das von Ihnen eingangs geschilderte falsche Bild über den Balkan-Krieg hält sich bis heute unangefochten. Als Kritiker wird man oft mit dem Verweis auf Srebrenica und das Urteil des Jugoslawien-Tribunals, das die Geschehnisse dort als Völkermord wertet, unsachlich diffamiert. Wie erleben Sie das? Haben Sie den Eindruck, daß es gelungen ist, am Bild zu rütteln?

Wer die von den mächtigsten Staaten und Medien mit großer Intensität und Schlagkraft verbreitete Version der Wahrheit herausfordert, sollte geduldig sein. Das Problem ist nicht nur, daß Regierungen die jugoslawische Tragödie zu ihren eigenen politischen und strategischen Zielen ausgenutzt haben. Das eigentliche Problem ist, daß Millionen Menschen diese dramatische Geschichte der bösen Serben, die ethnische Säuberungen begingen und Unschuldige abschlachteten, geglaubt haben und ihre eigenen Emotionen in dieses Bild investierten. Ich denke nicht, daß ich es noch erleben werde, daß sich die Wahrheit durchsetzt. Doch bis dahin werde ich mich nicht davon abhalten lassen, auch nicht von einem möglichen neuen europäischen Gesetz, das das »Leugnen oder Verharmlosen eines Völkermords« unter Strafe stellt, zu glauben, daß einer keinen »Völkermord« verübt, der Frauen und Kinder mit Bussen in Sicherheit bringen läßt, wie es die bosnischen Serben in Srebrenica getan haben.

Welche Rolle spielt das Ad-hoc-Tribunal der Vereinten Nationen in Den Haag bei der Aufrechterhaltung der Propagandaversion? Es wurde immerhin von den USA und Deutschland initiiert, die schon damals am meisten in den blutigen Krieg verstrickt waren.

Einige an der Gründung dieses Gerichts beteiligte US-Amerikaner haben zugegeben, daß man mit dem Tribunal ein Instrument schaffen wollte, mittels dem man die Serben politisch unter Druck setzen konnte, etwa durch die Androhung oder Erhebung von Anklagen. Das Tribunal wurde zum maßgeblichen Propagandainstrument zur Verteidigung der NATO-Version des Krieges 1999 und um Serbien scheinbar endlos unter Druck setzen zu können. In den Anklageschriften hallen die NATO-Fiktionen wider, die jede serbische Selbstverteidigung als Teil eines sogenannten »gemeinschaftlichen kriminellen Unternehmens« sehen. Die wenigen Anklagen, die das Tribunal gegen Nicht-Serben erhoben hat, sollen offenbar die Unparteilichkeit des Tribunals zeigen. Dabei beweisen sie das Gegenteil. Der muslimische Kriegsherr aus Srebrenica, Naser Oric, der sich vor Journalisten mit Bildern von abgeschlachteten Serben brüstete, wurde erst viele Jahre später angeklagt, allerdings nie für die schlimmsten Verbrechen, die er begangen hat. Am Ende wurde er sogar freigesprochen. Dem berühmten kosovo-albanischen Clanfürsten und UCK-Führer Ramush Haradinaj wurde während seines Prozesses Freigang gewährt. Er konnte zurück ins Kosovo reisen, worauf es zu zahlreichen massiven Drohungen gegen Zeugen der Anklage kam.

Zeugen im Haradinaj-Prozeß wurden nicht nur eingeschüchtert, sondern ermordet.

In der Tat. Und trotz alledem hat das Tribunal Haradinaj freigesprochen. Andere bekannte Serbenkiller wurden nicht einmal angeklagt. Das Tribunal führt politische Schauprozesse, die im Falle von nicht-serbischen Beschuldigten eine miserable Anklage führen. Die Prozeßführung ist überhaupt ein Skandal. Doch wie fehlerhaft und ignorant das Tribunal ist, seine Arbeit dient der Aufrechterhaltung des Märchens, der Jugoslawien-Konflikt sei ein Resultat serbischer Aggression gewesen und der NATO-Krieg gegen Serbien, im Zuge dessen die Infrastruktur des Landes zerstört, hilflose Zivilisten getötet und das Kosovo faktisch abgetrennt wurden, sei gerechtfertigt gewesen. Das Tribunal ist eine böse Korruption der Rechtsprechung – das sollte jeden in Alarm versetzen, der für Recht und Gesetz eintritt.

Warum bleibt Jugoslawien ein Thema, das Sie bis heute nicht losläßt?

Mir wäre es lieber, ich könnte das alles Jüngeren überlassen. Künftig möchte ich mich gerne mit dem weiteren Kontext der Jugoslawien-Tragödie befassen. Also mit der NATO-Erweiterung, der Untertänigkeit der EU gegenüber der NATO und vor allem der aggressiven Einkesselung Rußlands – was alles darauf abzielt, die EU im von den USA angeführten westlichen »Lager« zu verankern und eine friedliche Partnerschaft mit Rußland, die für die USA das Einbüßen ihrer Vorherrschaft bedeuten könnte, zu unterbinden. Die Dominanz über die EU und die NATO-Erweiterung sowie die Isolation Rußlands gehören zu den von Zbigniew Brzezinski beschriebenen Zielen der USA. Diese geopolitische Kontrolle war der wirkliche Grund für den NATO-Angriff auf Jugoslawien vor zehn Jahren, nicht der Einsatz für »Menschenrechte«.

Wie wird es weitergehen mit »Jugoslawien«?

Mich besorgt am meisten die Perspektive der jungen Generation von Serben, die sich danach sehnen, »Teil von Europa« zu sein. Das verführt sie dazu, die Lügen über ihr Land entweder zu schlucken oder völlig zynisch zu werden. Obwohl das zu diesem Zeitpunkt unmöglich erscheint, liegt die größte Hoffnung für die Serben, Muslime und Kosovo-Albaner darin zu erkennen, daß sie von ausländischen Kräften mißbraucht und gegeneinander ausgespielt wurden, damit diese ihre eigenen geopolitischen Interessen durchsetzen konnten. Der Haß wurde von außen gesät. Die Versöhnung der Völker des Balkan ist die Bedingung für ihre wahre Unabhängigkeit.

Quelle: junge Welt vom 06.02.2009

Das Bomben-Versprechen

Zehn Jahre »Rambouillet« – eine Friedenskonferenz, die den Krieg gegen Jugoslawien brachte

Von Kurt Köpruner



Die Außenminister
Großbritanniens, Deutschlands,
der USA und Frankreichs Robin
Cook, Joseph Fischer,
Madeleine Albright und Hubert
Vedrine in Rambouillet
(23.2.1999)
Foto: AP

Aus Anlaß des zehnjährigen »Jubiläums« der Konferenz von Rambouillet, die den Weg für die NATO-Aggression gegen Jugoslawien ebnete, veröffentlichen wir einen Auszug aus dem leider vergriffenen Buch von Kurt Köpruner »Reisen in das Land der Kriege. Erlebnisse eines Fremden in Jugoslawien« (Heinrich Hugendubel Verlag, München 2003). Der Autor reiste als Geschäftsmann zwischen 1990 und 2000 viele Male in die zerfallende Republik. Sein Erlebnisbericht liefert ein differenziertes Bild des damaligen Geschehens – jenseits von dem, was in den Mainstreammedien vermittelt wurde und wird. Wir danken dem Autor für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Der 24. März 1999, der sich demnächst zum zehnten Male jährt, war der Tag, an dem das Faustrecht wieder eingeführt wurde. An diesem Tag begann das 78 Tage andauernde Bombardement der damals 19 NATO-Staaten auf Jugoslawien, das für Tausende Menschen den Tod bringen sollte und für Millionen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen auf Jahrzehnte hinaus. Kein halbwegs neutraler Beobachter zweifelte daran, daß diese Bombenaktion allein eine »Rechtsgrundlage« hatte – das Recht des Stärkeren, vulgo: das Faustrecht. Ein ungeheuerlicher Vorgang. Ein Vorgang, der von einer friedensbewegten Öffentlichkeit nicht ohne Protest zur Kenntnis genommen werden konnte. Sollte man meinen. Doch nirgendwo in den westlichen Metropolen war nennenswerter Protest zu vernehmen. Forderten beim Irak-Krieg 1991 noch Millionen »Kein Blut für Öl«,

so war es diesmal ganz ruhig auf unseren Straßen; sieht man von den paar frustrierten Exil-Serben und einigen wenigen notorischen Unruhestiftern ab. Was war passiert? Klar, Bomben auf Belgrad waren seit Jahren von vielen gefordert worden. An forderster Front zuletzt selbst die »größten Humanisten« der Politik, von Joschka Fischer, über Tony Blair bis zu Bill Clinton. Dazu FAZ, Spiegel und zahllose »Extras« und »Specials« auf allen Kanälen. Und doch wurde die Aktion ein ums andere Mal verschoben. In gleich 19 Staaten Krieg zu beschließen, war offenbar nicht so einfach. Am Ende ist es aber dann doch noch gelungen: Eine Friedenskonferenz brachte den Krieg.

Kurt Köpruner

Am 6. Februar 1999, genau drei Wochen nach dem Massaker von Racak¹, begann im Jagdschloß von Rambouillet, einem Ort nahe Paris, die Veranstaltung, die man allgemein »Friedenskonferenz« nannte. Die Konferenz wurde am 23. Februar unterbrochen, am 15. März in Paris wieder aufgenommen und schließlich am 18. März abgeschlossen. Sechs Tage später begann das NATO-Bombardement. Die entscheidende Frage zu »Rambouillet« lautet: War diese Friedenskonferenz so angelegt, daß sie wenigstens eine halbwegs realistische Chance für den Frieden darstellte – oder war sie von den Veranstaltern von vornherein so konzipiert, daß sie scheitern mußte? Es besteht für mich kein Zweifel, daß letzteres der Fall ist.

Diese schwerwiegende Feststellung gilt es, sorgfältig zu begründen. Dabei werde ich mich in erster Linie an den Aufzeichnungen von Wolfgang Petritsch orientieren, die dieser in seinem erfreulich ausführlichen Bericht zur Konferenz festgehalten hat.² Petritsch war gemeinsam mit dem Amerikaner Chris Hill sowie dem Russen Boris Majorski einer der drei Chefverhandler von Rambouillet.

Die Einladung zur Konferenz

Ende Januar 1999, ausdrücklich unter Bezugnahme auf »Racak«, wurden die serbische Regierung sowie zahlreiche Vertreter der Kosovo-Albaner nach Rambouillet »eingeladen«. Für den Fall, daß der Einladung nicht Folge geleistet werden oder die Konferenz nicht das gewünschte Ergebnis bringen sollte, faßte die NATO am 30. Januar, wiederum mit ausdrücklichem Bezug auf »Racak«, den Beschluß, alle erforderlichen Maßnahmen – also wenn nötig, auch unbefristete Bombenangriffe – zu ergreifen. Eine Drohung, die massiver kaum sein konnte. Sie war ausschließlich gegen die Serben gerichtet.

Dazu Petritsch in seinem Bericht: »Daß NATO-Angriffe aber nur für eine Seite eine Drohung darstellten und der anderen unter Umständen sogar ins Kalkül passen könnten, machte dieses Friedensultimatum zu einer strittigen und viel diskutierten Entscheidung.« Als Petritsch dieses »Dilemma«, wie er es heute nennt, zu Papier brachte, war das NATO-Bombardement längst vorüber. Vor und während der Konferenz war so viel »Sensibilität« nicht feststellbar. Nachgerade martialisch gab Petritsch wenige Tage vor Beginn der Konferenz in einem Spiegel-Interview zu Protokoll: »Aber eines garantiere ich: Vor Ende April wird der Kosovo-Konflikt entweder formal gelöst sein oder die NATO bombardiert.« (Der Spiegel, 8.2.1999) Eine bemerkenswerte Formulierung am Beginn von Friedensverhandlungen!

Ein Terrorist als Delegationsleiter

Noch etwas ist äußerst bemerkenswert: Die »Befreiungsarmee des Kosovo« (UCK) – noch weniger als ein Jahr zuvor von den USA wortwörtlich als »Terroristen« bezeichnet – wurde nicht nur gleichfalls zur Konferenz eingeladen, sie stellte mit Hashim Thaci gar den Delegationsleiter der albanischen Seite. Allgemein war erwartet worden, daß der noch immer »amtierende«, jedenfalls gewählte und weltweit respektierte Kosova-Präsident Ibrahim Rugova, der ebenso nach Rambouillet eingeladen worden war, die Delegationsleitung übernehmen werde. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Rugova, den die UCK auf ihren Todeslisten geführt hat, der Ernennung Thacis zum Delegationsleiter freiwillig zustimmte. Es liegt nahe, daß da jemand »nachgeholfen« hat. Wer könnte das gewesen sein?

Hashim Thaci wurde von Wolfgang Petritsch persönlich »entdeckt« und zum Verhandlungspartner aufgebaut. Wir lesen in seinem Buch: »Nachdem die amerikanischen Versuche, die für den weiteren politischen Prozeß entscheidenden Personen der UCK zu identifizieren und mit ihnen Verhandlungen aufzunehmen, gescheitert waren, wurden unter der Ägide von Petritsch seit Sommer 1998 inoffizielle Erkundigungen über die relevanten politischen Führungspersönlichkeiten der Untergrundarmee durchgeführt. Nach einer längeren Phase der Recherche wurde die Gruppe um Hashim Thaci als der geeignete zukünftige Ansprechpartner identifiziert. Sowohl die EU als auch die Kontaktgruppe³ haben die Initiative Petritschs schließlich akzeptiert und die Notwendigkeit der Einbeziehung der UCK in den Verhandlungsprozeß als unumgänglich anerkannt.«⁴

Petritsch und sein Mentor

Wer ist dieser Wolfgang Petritsch, der der Welt klarmachen konnte, daß man eine ausgewiesene Killerbande, mit dubiosen Kontakten in die Unterwelt und zum internationalen Terrorismus, als führende Verhandlungspartner in einer für die ganze Welt so wichtigen Konferenz akzeptieren mußte?

Petritsch ist Österreicher, zweisprachig, deutsch und slowenisch, in Südkärnten aufgewachsen, politisch großgeworden unter Bruno Kreisky, von September 1997 bis Juli 1999 österreichischer Botschafter in Belgrad und in der entscheidenden Phase, von Oktober 1998 bis Juli 1999, Sonderbeauftragter der Europäischen - Union für den Kosovo.

Am Rande sei hier daran erinnert, daß Österreich in der zweiten Jahreshälfte 1998 den EU-Vorsitz führte, der Anfang 1999 nahtlos an Deutschland überging. Kann es Zufall sein, daß die vorläufige Entscheidung auf dem Balkan genau in die Zeit fiel, da die beiden alten Erzfeinde Serbiens, Österreich und Deutschland, in Europa ein ganzes Jahr lang den Vorsitz führten? Genau jene zwei Staaten, die Serbien im gleichen Jahrhundert schon zweimal überfallen, beide Male Millionen Leichen und ein verwüstetes Land hinterlassen hatten, die zudem Anfang der neunziger Jahre mit der Forcierung der Anerkennung Kroatiens maßgeblich an der Auslösung der blutigen Balkan-Kettenreaktion mitgewirkt hatten?

Wie auch immer, Wolfgang Petritsch genoß das Vertrauen des deutschen Außenministers Joschka Fischer. Das war notwendig, denn Engländer und Franzosen wollten Petritsch zunächst nicht alleine für die EU in Rambouillet verhandeln lassen. Doch Joschka Fischer setzte sich durch. Aus Sicht der NATO war dies eine weise Entscheidung, denn wer Petritschs Aufzeichnungen zu Rambouillet aufmerksam liest, findet deutliche Hinweise dafür, daß das NATO-Bombardement ohne die deutsch-österreichische Regie an der Spitze der EU nicht stattgefunden hätte; jedenfalls nicht so, wie es schließlich kam, als unbefristetes Dauerbombardement ganz Jugoslawiens.

Wolfgang Petritsch kennt Jugoslawien sehr viel besser als alle, die sonst in und um Rambouillet mitgewirkt haben. Da hatte er schon von Geburt an einen Startvorteil. Zudem erwarb er seinen Dokortitel mit einer Arbeit über die südosteuropäische Geschichte, und er war Botschafter in Belgrad. Außerdem hatte er gute serbische Freunde, wie ich zuverlässig von Leuten weiß, die ihn kennen. Was, im Vergleich zu ihm, konnte etwa der Amerikaner Chris Hill, der gemeinsam mit Petritsch die Verhandlungen in Rambouillet führte, über die weit verzweigten Wurzeln des Balkankonflikts wissen, über die Sichtweise der Streitparteien, über mögliche Spielräume für Kompromisse, über unüberwindbare »Knackpunkte«, kurzum, wo die Schmerzgrenze der Serben, wo jene der Albaner lag? Vergleichsweise nur wenig, wenngleich Hill seit Jahren im Auftrag der USA auf dem Balkan tätig gewesen war.

Petritsch hätte sein Wissen und seine Erfahrung dafür einsetzen können, seinen serbischen Freunden, und nicht nur diesen, viel Leid zu ersparen. Er hat das nicht getan. Im Gegenteil, er hat mitgewirkt an der Maximierung des Leides, und da er die ganze Materie am besten kannte, trägt er auch ein hohes Maß an Verantwortung dafür.

Denn Petritsch wußte nicht nur, daß die NATO im Falle eines Scheiterns der Konferenz bombardieren würde,

er muß auch gewußt haben, daß die serbische Seite dem vorliegenden, in seinen wesentlichen Punkten nicht verhandelbaren Vertragstext nie und nimmer zustimmen würde. Mit anderen Worten: Petritsch – und mit ihm sein Mentor Joschka Fischer – wußte (!) schon vor Beginn der Konferenz, daß die NATO spätestens Ende April bombardieren würde. Das legt nahe, daß die Konferenz nichts als ein Spektakel war, um der Welt vorzumachen, man hätte auch noch das letzte versucht, das Bombardement abzuwenden.

Man kann natürlich fragen, was denn der arme Petritsch dafür kann, daß die NATO zum Bomben entschlossen war. Die Frage muß so gestellt werden: Was hat Petritsch dazu beigetragen? Die Antwort darauf gibt er selbst in seinem Buch.

Die Zielsetzung der USA – und damit der NATO – für Rambouillet hat US-Ministerin Madeleine Albright in ihrer unvergleichlich charmanten Art mehrfach unmißverständlich formuliert: Der den Streitparteien im Rambouillet vorgelegte Vertragstext sei nicht verhandelbar, allenfalls könnten ein paar Kommata versetzt werden. Die einzige Frage sei, ob er akzeptiert würde, und wenn ja, von wem: Unterschreiben alle, Serben und Albaner, dann marschiert die NATO mit dreißigtausend Mann und schwerem Gerät im Kosovo ein. Unterschreiben nur die Serben, dann sollen diese mit den Kosovaren machen, was sie wollen. Unterschreiben nur die Albaner, dann wird Jugoslawien bombardiert, bis es pariert. Unterschreibt keine der beiden Seiten, dann, so Albright, »können wir gar nichts mehr tun«. Ob charmant oder nicht, jedenfalls klare Worte.

Der Vertrag und seine Knackpunkte

Wenden wir uns also dem Vertragstext zu, den es in Rambouillet zu unterschreiben galt. Er bestand aus einem politischen und einem militärischen Teil und wurde vielfach veröffentlicht⁵, weshalb ich hier nur auf seine »Knackpunkte« eingehen will. Die gab es – und zwar für beide Seiten. Die Positionen von Serben und Albanern waren nicht vereinbar. Weder theoretisch noch praktisch. Die Serben betrachteten den Kosovo als völkerrechtlich anerkannten Bestandteil Serbiens, zudem als nationales Heiligtum; ein absolut unverrückbarer Standpunkt, was sie immer betont und schließlich auch bewiesen haben.

Darüber bestand in ganz Serbien völliger Konsens. Von Milosevic über Draskovic bis zu Djindjic, von Seselj nicht zu reden: »Das Ultimatum für die Zulassung von NATO-Friedenstruppen ist in dieser Form unannehmbar«, zitiert Petritsch die oppositionelle »Allianz für den Wechsel«, in der Dutzende serbische Parteien und andere Gruppierungen vereint waren. Das galt nicht nur für die serbischen Politiker: »Jeder in Serbien war davon überzeugt, daß die Internationale Gemeinschaft von den Serben etwas verlangte, was sie nach der Auflösung Jugoslawiens von den Kroaten nicht gefordert hätte. Ein Großteil der Bevölkerung stand, was die Kosovofrage betraf, hinter der Regierung«, konstatiert Petritsch.

Und für die Albaner war ebenso unverrückbar, daß jede Lösung, die den Kosovo langfristig bei Serbien belassen würde, nicht akzeptiert werden könnte. Das war der unauflösbare Gegensatz, den alle kannten, die sich mit der Materie befaßten. Wolfgang Petritsch und sein Mentor zumal. Was also stand im Vertragstext, wie versuchte man, diesem Gegensatz zu begegnen? Zusammengefaßt so, daß keine der beiden Seiten zustimmen konnte. Das sieht auf den ersten Blick ausgewogen neutral aus, salomonisch, wenn man so will; doch der erste Blick trügt, denn am Ende fand man doch noch einen Weg, eine der beiden Seiten, die albanische, zur Unterschrift zu bewegen. Wie es dazu kam, ist ein richtiger Krimi, und Wolfgang Petritsch spielt darin die Schlüsselrolle.

Auf serbischer Seite waren es insbesondere zwei konkrete Gründe, die eine Unterschrift definitiv ausschlossen: Zum einen hätte eine Zustimmung zum Vertrag die Stationierung von NATO-Soldaten im Kosovo bedeutet, also die jugoslawische Souveränität aufgehoben, zumal ohne UNO-Beschluß; zum anderen wurde der künftige völkerrechtliche Status des Kosovo im Vertrag »bewußt zweideutig« gelassen, wie Petritsch in seinem Buch ausdrücklich betont. Deshalb mußten die Serben befürchten, daß die nach Ablauf von drei Jahren vorgesehene Konferenz die faktische Trennung von Serbien beschließen würde. Der Rambouillet-Vertrag trug bekanntlich den Namen »Interimsabkommen«.

Das waren die harten Punkte für die Serben. Alles andere war für sie verhandelbar, mehr noch, allem anderen hatten sie im Prinzip schon im Holbrooke-Abkommen⁶ zugestimmt.

Was waren die konkreten Knackpunkte auf albanischer Seite? Unverhandelbare Forderung der albanischen Delegation war die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, konkret die Durchführung eines Unabhängigkeitsreferendums nach Ablauf von drei Jahren. Da der Ausgang dieses Referendums angesichts der albanischen Mehrheit von vornherein feststand, lief diese Forderung auf die völlige Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien hinaus. Darin jedoch sahen die Westmächte die Gefahr einer weiteren Ausweitung des Konfliktes: Ein unabhängiger Staat Kosovo wäre allein kaum überlebensfähig und würde jedenfalls den Ruf nach einer Vereinigung mit Albanien enorm verstärken. Das wiederum hätte zwangsläufig unkontrollierbare Folgen für den Freiheitsdrang der diversen Minderheiten in Mazedonien, Bulgarien, Rumänien und Griechenland gehabt und damit den Balkan noch mehr destabilisiert.

Was der Westen den Albanern anbot, war ein formaler Verbleib des Kosovo innerhalb der jugoslawischen Grenzen, wenngleich mit einer Autonomie, die sogar über den Status einer innerjugoslawischen Republik hinausgehen könnte. Man wollte Zeit gewinnen und den endgültigen Status des Kosovo nach drei Jahren nicht durch ein Referendum, sondern im Rahmen einer internationalen Konferenz festlegen.

Man könnte dies durchaus als klugen Kompromiß bezeichnen. Er hatte nur den Schönheitsfehler, daß er für beide Seiten absolut unannehmbar war. Zu schwer lastete der Fluch des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das man Slowenen und Kroaten zugestanden hatte, auf Rambouillet.

Von Ibrahim Rugova hätte man für diesen Kompromiß vielleicht noch eine – allerdings wertlose – Unterschrift bekommen können, von der UCK jedoch nicht. Die ließ zahllose Male die ganze Welt wissen, daß sie solange kämpfen werde, bis der Kosovo völlig unabhängig sei. Schon lange vor der Konferenz (...), aber auch während der Verhandlungen. Via Internet verkündete man unverschlüsselt: »Das Endziel unseres fortgesetzten Kampfes ist und wird sein: Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie.«

Nein, mit dieser Truppe war ein Verbleib des Kosovo innerhalb der Grenzen Jugoslawiens nicht machbar. Zumal der Vertrag die völlige Entwaffnung der UCK vorsah, was zu keinem Zeitpunkt mehr war als ein frommer Wunsch. Auch nach dreißig Jahren Bürgerkrieg sind in Nordirland noch immer viele Waffen im Untergrund, und in Spanien bombt die ETA wie eh und je. Daran orientierte sich die UCK.

Der Konferenzverlauf

Wie verlief die Konferenz? Folgt man den Ausführungen Petritschs, so taktierten die Serben herum, versuchten zu verzögern, wo es nur ging, machten allenfalls ein paar Zugeständnisse im sogenannten »politischen Teil« des Vertragstextes, während die Kosovaren mehr oder weniger konstruktiv an der Lösung mitarbeiteten.

Andere haben es anders erlebt: »Die Serben verhandelten klug und geschickt, kabelte Botschafter Christian Pauls an seine Bonner Vorgesetzten, Präsident Milosevic halte in Belgrad die Fäden in der Hand. Die 16 Kosovo-Albaner dagegen blieben mangels klarer Weisungen aus der Heimat zerstritten.« (Der Spiegel, 1.3.1999)

Erst am Abend des zwölften Verhandlungstages übergaben die Chefverhandler Petritsch und Hill das sogenannte »Militärische Kapitel« des Vertragstextes. Dieses stellte nicht nur für die Serben eine böse Überraschung dar, sondern auch für die russische Konferenzdelegation: »Zu meiner Überraschung präsentierte Hill zwei zusätzliche Dokumente (...) mit Anhängen. Die beiden zusätzlichen Dokumente sind nie mit uns diskutiert worden. Es war klar, daß es mehrere Monate gedauert hatte, um sie zu formulieren. (...) General Clark hat vor dem Kongreß zugegeben, daß die Vorbereitungen für die militärischen Operationen im

Juni 1998 begonnen hatten. Daher ist dieser Schritt in Rambouillet hinter unserem Rücken geschehen.«⁷

Die Serben reagierten auf die Übergabe des militärischen Kapitels, wie zu erwarten war: »Die serbisch-jugoslawische Delegation verweigerte die offizielle Kenntnisnahme und damit auch die Verhandlungsbereitschaft«, hält Petritsch fest. Und auch die kosovarische Seite wies eine Unterschrift unter das Vertragswerk zu diesem Zeitpunkt »entschieden zurück«.

Die Konferenz, ursprünglich auf sieben Tage angesetzt – geplanter Abschluß am 12. Februar, eine Verlängerung um weitere sieben Tage war für den Fall einer positiven Entwicklung vorgesehen –, stand am 18. Februar, nach dreizehn Verhandlungstagen, dort, wo sie auch schon am Beginn gestanden war. Keine der beiden Seiten war auch nur im entferntesten bereit, den gesamten Vertragstext zu unterschreiben.

Die Serben waren beim politischen Teil des Interimsabkommens nahe an einer Unterschrift, sie bemängelten hier vor allem, daß wesentlich präziser formuliert werden müßte, was die Kosovo-Autonomie in der Praxis bedeutete, lehnten jedoch Gespräche über den militärischen Teil vollständig ab, machten sich nicht einmal die Mühe, die seltsamen Bestimmungen des »Annex B« der Presse zuzuspielen. Dort war vorgesehen, daß die NATO nicht nur im Kosovo, sondern in ganz Jugoslawien einmarschieren und im Schutz völliger Immunität agieren dürfte.

Die Kosovaren wiederum hätten den militärischen Teil sofort unterschrieben, wenn ihnen im politischen Teil die Möglichkeit eines Referendums nach Ablauf von drei Jahren zugestanden worden wäre. Für den Westen jedoch galt, daß beide Teile unterschrieben werden müßten. Kurzum, unvereinbare Standpunkte, die Konferenz stand vor dem Scheitern.

Jetzt fuhr der Westen mit politischen Schwergewichten auf: »Kurz vor Ablauf des Ultimatums schwebten die Außenminister der Kontaktgruppe-Staaten ein. Im ›Beichtstuhlverfahren‹, so Joschka Fischer, nahmen sie die Kontrahenten einzeln ins Gebet. ›Setzen Sie sich nicht selbst ins Unrecht‹, beschwor Fischer den Albaner-Führer Thaci, ›ergreifen Sie den Mantel der Geschichte‹« (zit. n. Der Spiegel v. 1.3.1999). Doch der griff nicht zu. Und auch Frau Secretary of State gab vergeblich ihr Bestes: »Madeleine Albright kniete förmlich vor den UCK-Kommandeuren, es war ein unwürdiger Anblick«, zitierte Der Spiegel (10.1.2000) höhnisch einen, der dabei war. Selbst Albright's stärkste Trumpfkarte – »If you don't say ›Yes‹ now, there won't be any NATO ever to help you!« – stach nicht.

Die entscheidende Nacht

Sollte alles vergeblich gewesen sein und die von Petritsch vor Konferenzbeginn gegebene »Bombengarantie« nicht eingelöst werden können? Sollte es so weit kommen, daß der »Westen gar nichts mehr tun« könne, wie Madeleine Albright für den Fall einer allseitigen Unterschriftsverweigerung angekündigt hatte? Sollte man die Lösung des Kosovo-Problems allein den Serben überlassen müssen, Rambouillet also mit einer totalen Blamage des Westens enden?

Es sah ganz danach aus – doch dann kam die Wende. Sie kam über Nacht. Petritsch dokumentiert den überraschenden Umschwung, den er selbst herbeiführte, mit bemerkenswertem Understatement:

»Am Morgen des 23. Februar, um 9.30 Uhr, wurde den Delegationen die endgültige Textfassung des ›Interim Agreement for Peace and Selfgovernment in Kosovo‹ ausgehändigt. In einem Begleitschreiben wurden die Delegationen aufgefordert, ihre Stellungnahmen bis 13 Uhr abzugeben. Nach einem nächtlichen Vier-Augen-Gespräch zwischen Petritsch und Thaci wurde dieser von der Notwendigkeit überzeugt, das Abkommen im Prinzip anzunehmen und die definitive Zustimmung erst nach einer Befragung ›des kosovarischen Volkes‹ zu geben.«

Eine wahrlich sensationelle Wende, nach so vielen vergeblichen Verhandlungstagen, nachdem noch am

Vorabend jede Zustimmung zum Interimsabkommen abgelehnt worden war. Was ist da gesprochen worden in diesem Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Österreicher Petritsch und dem Anführer der Rebellenarmee? Das werden die beiden wohl für sich behalten. Aber wir dürfen raten, wie es gelaufen sein könnte. So vielleicht:

Petritsch zu Thaci: »Wenn Sie nicht unterschreiben, kann Ihnen die NATO nicht helfen, dann putzt euch Milosevic in zwei Wochen weg. Dann könnt ihr den Kosovo für immer vergessen.« Thaci: »Ich weiß, aber wenn wir unterschreiben, löst ihr die UCK auf und der Kosovo bleibt auf ewig bei Jugoslawien. Das akzeptieren meine Leute niemals. Es gab schon zu viele Tote.« Petritsch: »Das ist Ihr Problem! Sagen Sie Ihren Leuten, daß sie ohne NATO heute schon so gut wie tot sind, daß sie mit der NATO jedoch das ganze Land gewinnen werden.« Thaci: »Die NATO hat schon so oft mit Bomben gedroht, alles leere Worte. Wer garantiert uns, daß die NATO wirklich bombardiert, wenn wir unterschreiben?« Petritsch: »Wenn ihr unterschreibt, wird gebombt! Ich habe das öffentlich garantiert. Und der Westen kann unmöglich zurückstecken, das hat doch Frau Albright in aller Öffentlichkeit gesagt. Kein Land der Welt, niemand würde mehr Respekt vor der NATO haben, wenn sie jetzt nicht ernst machte.« Thaci: »Sicher, aber was ist, wenn die Serben im letzten Moment doch noch unterschreiben? Man kennt ja diese feige Bagage!« Petritsch: »Ich kenne die Serben besser als Sie. Überlegen Sie mal: Wenn die den Vertrag unterschreiben, hätte die NATO das Recht, morgen in ganz Jugoslawien einzumarschieren. Darüber wird nicht mehr verhandelt, die Latte liegt zu hoch. Bevor Milosevic das unterschreibt, gibt er sich selbst die Kugel, das muß Ihnen doch einleuchten. Sehen Sie sich den »Annex B« an, den können die Serben nicht unterschreiben, sie verhandeln ja auch nicht einmal darüber!« Thaci: »Ja, Sie haben Recht, ich bin auch davon überzeugt, aber meine Leute in den Schützengräben akzeptieren keine Unterschrift, da kann ich mir gleich die Kugel geben.« Petritsch: »Sie haben keine Wahl. Das Problem müssen Sie lösen. Gelingt es Ihnen, dann steht Ihnen eine große Zukunft bevor. Ich habe Sie zu dem gemacht, was Sie heute sind, und ich werde es nicht vergessen, wenn Sie morgen früh erklären, daß Sie prinzipiell zustimmen. Wir bieten Ihnen als Äußerstes eine Vertagung der Konferenz an, damit Sie Ihre Leute überzeugen können.« Thaci: »Ich habe keine Wahl, und ich werde es so machen, Sie haben mein Wort.«

Reine Spekulation. Aber auch wenn es nicht so war, dann lief es doch darauf hinaus: Das Rennen war nach diesem nächtlichen Vier-Augen-Gespräch gelaufen. Was Madeleine Albright und Joschka Fischer nicht geschafft haben – Wolfgang Petritsch hat es vollbracht, den Westen gerettet.

Bei diesem Stand der Dinge wurde die Konferenz vertagt. Es folgten hektische diplomatische Aktivitäten, die man sich allerdings hätte sparen können. Am Abend des 18. März unterschrieben Thaci und Rugova das Vertragswerk, die Serben blieben bei ihrem Nein. Wolfgang Petritsch konnte sein Bomben-Versprechen einlösen, Frau Albright, und mit ihr die NATO und der gesamte Westen, das Gesicht wahren. Fünf Tage später reiste Richard Holbrooke ein letztes Mal nach Belgrad. Holbrooke zu Milosevic: »Sie müssen sich im klaren sein, die Luftschläge werden schnell kommen, sie werden schwer und andauernd sein.« Milosevic antwortete: »Es gibt nichts mehr zu verhandeln. Sie werden uns bombardieren. Sie sind ein mächtiges Land. Wir können nichts dagegen tun.« Damit war das Bombardement endgültig freigegeben.

Fußnoten

1 Am Morgen des 16.1.1999 wurden in der kosovarischen Ortschaft Racak 45 aufeinanderliegende Leichen gefunden. Nach Darstellung der UCK handelte es sich bei den Toten um Zivilisten, die von serbischen Einheiten kaltblütig ermordet worden waren. Nach serbischer Darstellung waren die Toten Gefechtsopfer, die später von der UCK mediengerecht aufeinander geworfen wurden, um den Eindruck eines Massakers zu vermitteln. Der Vorfall, obwohl nie restlos aufgeklärt, bildete den wichtigsten Vorwand für die NATO-Angriffe – d. Red.

2 Petritsch, W. u. a., Kosovo-Kosova, Klagenfurt 1999

3 die Außenminister der USA, Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Rußlands

4 Petritsch, a.a. O., S. 251

5 z. B. bei Petritsch, a. a. O.

6 Der US-Diplomat Richard Holbrooke handelte am 13.10.1998 mit Slobodan Milosevic ein Abkommen aus, das u.a. den serbischen Truppenabzug, eine OSZE-Mission und Autonomie im Kosovo vorsah – d. Red.

7 der russische Außenminister Igor Iwanow in Newsweek, 26.7.1999